Interview

mit Hans-Christian Ströbele MdB

grün & gerecht: Herr Ströbele, Sie halten an der Forderung nach einer Vermögensteuer fest.

Ströbele: Ja. Auch die großen Vermögen müssen zur Sanierung des Haushaltes herangezogen und die Lasten müssen gerechter verteilt werden. Die Vermögensteuer ist dafür ein taugliches und richtiges Mittel.

grün & gerecht: Nun gibt es Leute, die meinen, die Vermögensteuer sei verfassungswidrig.

Ströbele: Erstens wird im Grundgesetz ausdrücklich die Vermögensteuer aufgeführt. Da kann eine Vermögensteuer doch nicht grundsätzlich verfassungswidrig sein.

Zweitens hat das Verfassungsgericht durch seinen Beschluss vom 22. Juni 1995 im Vermögensteuergesetz nur einen einzigen Punkt beanstandet. Nur dazu wurden Nachbesserungen verlangt. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Recht ausgeführt, daß Immobilien gegenüber anderen Vermögen, wie z.B. Sparkonten, erheblich steuerlich bevorzugt wurden. Die reichen Landbesitzer haben zu wenig Steuern bezahlt. Hier müssen gleiche Verhältnisse geschaffen, Grundbesitz neu bewertet werden.

grün & gerecht: Führt dies nicht zu einen sehr hohen Verwaltungsaufwand?

Ströbele: Als die Vermögensteuer 1995 abgeschafft wurde, haben die Länder ihre Zahlen dazu zusammengetragen. Nach Aussagen von Fachleuten liegt der Verwaltungsaufwand für eine Vermögensteuer bei 4,5% vom Aufkommen. Dies ist zwar etwas höher als bei anderen Steuerarten, z.B. Körperschaftssteuer 3,6% oder Grunderwerbssteuer 2,9%, aber es bleiben doch noch mehr als 95 % übrig. Selbst wenn man den Aufwand für die notwendige Neubewertung der Immobilien allein der Vermögenssteuer zurechnet, bliebe die Quote für Verwaltungskosten noch unter 10%.

grün & gerecht: Aber lohnt sich der Aufwand angesichts des zu erwartenden Ertrages?

Ströbele: Ganz eindeutig. Bisweilen werden Ertragszahlen von nur 3 bis 4 Mrd. genannt. Diesen Zahlen liegt die Annahme zugrunde, daß der private Beteiligungsbesitz den Betriebsvermögen der Unternehmen zugerechnet wird. Bezieht man diesen aber ein, so liegen die Einnahmen bei mindestens 15 Mrd. Euro., selbst wenn man die betriebliche Vermögensteuer beiseite läßt und nur die private Vermögensteuer wiederbelebt. Eine umfassende Vermögensteuer erbrächte über 20 Mrd. Euro. Und die Tendenz ist steigend.

grün & gerecht: Die FDP und CDU sind dagegen, muß nicht das Gesetz im Bundesrat scheitern?

Ströbele: Keineswegs. Erstens ist die Forderung trotzdem richtig und muß langfristig vertreten werden. Zweitens ist die Vermögensteuer eine Ländersteuer und auch unionsregierte Länder brauchen Einnahmen. Drittens wären z.B. sog. Vermögensabgaben nicht zustimmungspflichtig durch den Bundesrat.

GewerkschaftsGrün

Seit 2001 existiert es, das Netzwerk grüner und grünnaher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Schon 1998 hatte die BDK von Bündnis 90/Die Grünen in Leipzig beschlossen, eine „deutlich erkennbare Struktur" bündnisgrüner und der Partei nahe stehender GewerkschafterInnen zu schaffen, die „grüne Anliegen in die Gewerkschaften hinein kommuniziert und gewerkschaftliche Anliegen in grüne Entscheidungsprozesse einbezieht".

Kontakt zu GewerkschaftsGrün und gewerkschaftsgrünen Delegierten auf der Sonder-BDK: Wolfgang Stather, mail: gewerkschaftsgruen@gruene.de

Impressum:
Auflage: 50.000
Druck: Lensing, Münster
Satz: badura grafik, Münster
Konzept und ViSdP: Meinolf Sellerberg · Soester Str. 54 · 48155 Münster

■ **Niko Stumpfögger** ■ Kreisverband Dahme-Spreewald

Niedrigsteuerland Deutschland – wie gerecht ist unser Steuersystem?

Steuersenkungen für Unternehmen lösen Investitionen aus und schaffen Arbeitsplätze – mit dieser Begründung entließ die Kohlregierung die Unternehmen und Vermögende immer weiter aus der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben. 1970 kamen noch 29 % der Steuereinnahmen aus Gewinn – und Vermögensteuern, heute beträgt dieser Anteil nur noch 13 %. Die Arbeitslosigkeit stieg.

Die rot-grüne Steuerreform 2000 – die größte in der Geschichte der Bundesrepublik – senkte die Steuern für Kapitalgesellschaften, Mittelstand und LohnsteuerzahlerInnen in einem Volumen von 56 Mrd. € in der Erwartung, damit einen Wirtschaftsaufschwung und Beschäftigungsaufbau auszulösen, der das Geld in die Kassen zurückspült. Die Steuermindereinnahmen wurden realisiert, doch weder der Aufschwung noch die Beschäftigung kamen. Es war nicht nur die größte, sondern auch die teuerste Steuerreform. Die Finanzschwäche der öffentlichen Hand nahm deutlich zu.

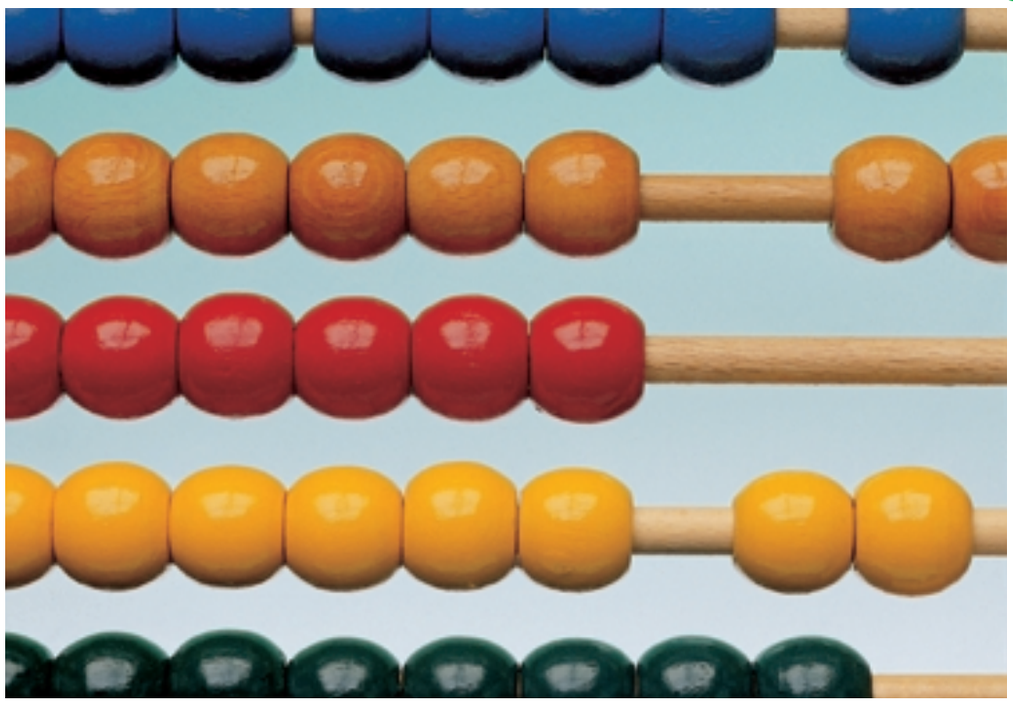
Stolz verkündet der Bundesfinanzminister immer wieder, wenn auch nicht sehr laut: Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Niedrigsteuerland – nur in den USA liegt der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt („Steuerquote") noch niedriger als bei uns. Bei Steuern auf Vermögen und Erbschaften liegt Deutschland mit einem Anteil von 0,9 % am Bruttoinlandsprodukt weit unter dem Durchschnitt der Industrieländer (1,9 %) und noch weiter hinter den USA (3,1 %).

Aufschlussreich ist, welche Wirkung die Steuersenkungen auf die beiden wichtigsten Steuern auf Unternehmensgewinne hatte. Die Körperschaftsteuer – wichtigste Gewinnsteuer des Bundes – brachte im Jahr 2000 noch 23 Mrd. €, im Jahr 2001 wurde gar nichts mehr eingenommen, sondern 450 Mio. € an die Unternehmen ausgezahlt – als Folge der Kombination von Steuervorteilen aus der Zeit der Regierung Kohl mit denen der rotgrünen Steuerreform. Das notleidende Berlin nahm in den Jahren 2001 und 2002 aus der Körperschaftsteuer keinen Cent ein, sondern zahlte in den beiden Jahren 465 Mio € an die Unternehmen aus. Jetzt tragen CDU/CSU Union einen Kompromiss mit, der die Körperschaftsteuer auf 4,4 Mrd. € anheben soll.

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Gewinnsteuer der Kommunen und zugleich die wichtigste Kommunalsteuer. BMW, Siemens, Allianz und Hypovereinsbank zahlen in München keine Gewerbesteuer, die Stadt Jena hat von Jenoptik noch nie einen Cent Gewerbesteuer erhalten. Das sind keine Einzelfälle, denn bundesweit zahlen zwei Drittel aller Unternehmen keine Gewerbesteuer.

Die Investitionen der Kommunen sind in den vergangenen zehn Jahren um ein Drittel eingebrochen, von 34 auf 22 Mrd. € Die Folgen für Handwerker, mittelständische Unternehmen und die Beschäftigung sind bekannt. Gemessen an den öffentlichen Investitionen ist Deutschland das ärmste Land der EU, denn wir geben nur 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts dafür aus (EU-Durchschnitt 2,4 %, USA 3,4%).

Wer nun annimmt, dass Deutschland zwar bei den Steuern niedrig, bei den Sozialabgaben aber an der Spitze liegt, irrt. Bei den Sozialabgaben rangiert Deutschland im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Die Steuer- und Sozialabgabenquote zusammengenommen sind in Deutschland in den letzen 40 Jahren weniger gestiegen als in allen anderen Industrieländern, die USA ausgenommen. Die gegenwärtige Schwäche der Staatsfinanzen ist nicht einfach das Ergebnis der schwachen Konjunktur, sondern die Folge einer langen Kette von steuerpolitischen Entscheidungen. Wenn wir das nicht ändern, wird Deutschland den internationalen Anschluss verpassen, weil wir nur noch Mangel und Kürzungen verteilen, statt echte Reformen und Investitionen in die Zukunft zu finanzieren.



Schlaglicht „Porsche": Steuersituation großer Unternehmen

Porsche, derzeit der profitabelste Autokonzern der Welt, steigerte seinen Gewinn im Geschäftsjahr 2001/2002 auf den historischen Höchststand von 830 Millionen €, das ist eine Steigerung um 40 % - vor Steuern. Der Gewinn nach Steuern stieg gegenüber dem Vorjahr sogar um über 70 %. Selbst ausgezeichnet verdienende Unternehmen wurden also durch die Steuerreform in erheblichem Umfang aus der Steuerpflicht entlassen. Die Deutsche Bank erhielt im Jahr 2000 eine Steuerrückzahlung von 6,6 Mrd. € – gravierende Managementfehler konnten mit diesem Geld in der Bilanz abgefedert werden. Diese Steuerrückzahlung ist höher als die insgesamt eingezahlten Steuern der Deutschen Bank im Zeitraum von 1998 bis 2002. Siemens, BMW, Allianz und Hypovereinsbank haben im letzten Jahr keinen Cent Gewerbesteuer in München bezahlt. Ein solches Steuersystem ist nicht zukunftstauglich – und gerecht ist es auch nicht.[ögg]

Immer größere Anteile der öffentlichen Ausgaben werden aus der Lohn- und Einkommensteuer und aus Verbrauchssteuern getragen.

	1970	1980	1990	2000	2001
Lohnsteuer	22,8%	30,6%	31,9%	29,0%	29,7%
Mehrwertsteuer*)	17,4%	14,5%	14,9%	22,9%	23,4%
Vermögensteuer	1,9%	1,3%	1,1%	seit 1997 nicht mehr erhoben	
Körperschaftsteuer	5,7%	5,8%	5,3%	5,0%	-0,1%
Gewerbesteuer	7,0%	7,4%	6,8%	5,8%	5,5%
Steuern insges.	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

*) Mehrwertsteuer = Umsatzsteuer

Quelle: Bundesfinanzministerium, eigene Berechungen [ögg].

■ **Hans Peter Leymann-Kurtz** ■ Ratsfraktion Essen – Bürgermeister

Denkt an Berlin!

Der Berliner Platz in der Essener Innenstadt symbolisiert ganz ungewollt die Lage der allermeisten Kommunen in der Republik. Hier steht vor dem benachbarten Arbeitsamt ein in Stein gehauener Bär mit der vieldeutigen, aber vor allem für die rd. 35 000 Essener Erwerbslosen aktuellen Mahnung „Denkt an Berlin!". Sie sind die Zielgruppe immer asozialerer „Reformen".

Des Kanzlers jüngste Reformruine ‚Hartz' hat kaum erste Kollateralschäden angerichtet (Kürzung der Eingliederungsmittel für benachteiligte Jugendliche, Behinderte, Migranten, erwerbslose Frauen etc.), da kündigte er mit seiner „Agenda 2010" die Fortführung dieser wettbewerbsstaatlich inspirierten Politik an. Wir setzen als Kommunalpolitiker gegen diese in ihrer Logik neoliberale Politik eine sozialstaatlich-ökologische Reformlogik, die die Gerechtigkeitsfurche im Lande nicht noch weiter vertieft. Schließlich sind es die Kommunen und ihre BürgerInnen, die seit über 20 Jahren die Lasten einer völlig fehlgeschlagenen Finanz- und Wirtschaftspolitik tragen. Durch Erwerbslosigkeit stetig gestiegene Sozialhilfeausgaben, Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur, von Bädern, Bibliotheken, Bürgerdienste etc., eine grundfalsche Gemeindefinanzpolitik (Gewerbe-Körperschaftssteuer, Organschaftenproblematik etc.) und die daraus resultierende Armut der öffentlichen Haushalte sind kennzeichnend für die Lage in den meisten Kommunen. Die erzwungene Talfahrt der kommunalen Investitionen (in NRW von 1992: 6,4 Mrd. € auf 2002: 3,8 Mrd. €) produziert wiederum Erwerbslosigkeit, wenn sogar Mittel zur Sanierung völlig desolater Schulgebäude fehlen. Das von Berlin angekündigte Feigenblatt namens „Sonderfond Wachstumsimpulse" verwelkt schon deshalb, weil die hochgradig defizitären Verwaltungshaushalte vieler Kommunen im Rahmen des Haushaltsrechts keinen Spielraum für einen erforderlichen „Eigenanteil" zulassen.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen beabsichtigt unsere Ratsfraktion in Essen, kommunale Mittel (27 Mio € p.a.), welche bis dato allein nach § 19ff. BSHG „Hilfe zur Arbeit" (Arbeit statt Sozialhilfe, LKZ, etc.) eingesetzt wurden, zu einem Gros (rd. 20 Mio.pa.) direkt in Erwerbsarbeit schaffende Investitionen umzuleiten, sozusagen als smartes kommunales Investitionsprogramm. Das heißt Aufträge im Bereich Umwelt, Kultur, Verkehr, Soziales, Sanierung etc. werden an die örtlichen Firmen vergeben, welche im Gegenzug überprüfbar und zusätzlich ehem. Sozialhilfeberechtigte einstellen. Die ersten Reaktionen des Gewerbes sind positiv. Dabei werden wir jedoch trotz „Hartz" keineswegs unsere kommunalen Aktivitäten der zielgruppenorientierten kommunalen Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung gänzlich in Frage stellen.

Von Berlin erwarten wir mehr als das Überdenken einzelner Pläne im Rahmen der „Agenda 2010". Wir erwarten eine Richtungsänderung weg von neoliberalen Rezepturen, hin zu einer sozialstaatlichen und gerechten Reformpolitik. Dazu gehören eine wirksame Gemeindefinanzreform im Interesse kommunaler Investitionen, eine gerechte Steuerpolitik inklusive Vermögens- und angepasster Erbschaftssteuer, Arbeitszeitverkürzung bei Sicherung auskömmlicher Einkommen, Kranken- und Rentensicherung unter Einbeziehung aller Einkommensarten und Erwerbstätigen, natürlich eine (Nicht)Ausbildungsplatzabgabe usw.

Eine sozialstaatlich orientierte ökologische Reformpolitik ist also nicht nur notwendig, sie ist auch machbar.

Solidarität statt Ausgrenzung – Grüne GewerkschafterInnen gegen Sozialabbau

Die hohe Arbeitslosigkeit grenzt Millionen Menschen gegen ihren Willen aus dem Erwerbsleben aus. Wir sind tief beunruhigt darüber, dass die Massnahmen der sog. Agenda 2010 keinen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten, sondern vermutlich Arbeitsplätze kosten und die Situation der Betroffenen dramatisch verschlechtern werden. Arbeitslosigkeit kann nachhaltig nur mit wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumenten verringert werden, nicht durch eine Schrumpfung der Sozialsysteme. Bündnis 90/Die Grünen wurden für eine ökologische und soziale Modernisierung der Gesellschaft gewählt. Das ist möglich, aber nicht auf dem Wege der Agenda 2010. Diese schafft keine Arbeitsplätze, sondern Existenzängste. Sozialer Frieden entsteht nur durch eine nachvollziehbare, gerechte Verteilung von Lasten.

■ Unsere Zielrichtung heißt BürgerInnenversicherung. Einbeziehung weiterer Gruppen und anderer Einkommensarten, Besserverdienende dürfen sich nicht aus der Solidarität stehlen.

■ Die vorgeschlagene Senkung der Lohnnebenkosten ist eine einseitige Entlastung der Arbeitgeber, sie privatisiert die Risiken in fataler Weise.

■ Die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bringt drastische Einbußen für Langzeitarbeitslose mit ohnehin schon niedrigem Einkommen. Neue Jobs entstehen dadurch nicht. Die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere läßt sie nach nur 12 Monaten auf Sozialhilfe absacken, obwohl sie jahrzehntelang in die Sozialkasssen eingezahlt haben.

■ Wir müssen die Lasten auf mehr Schultern verteilen. Wer mehr tragen kann, muss auch stärker in die Verantwortung genommen werden. Die öffentliche Hand kann nicht auf Einnahmen aus Vermögens- und Erbschaftssteuer verzichten. Große Kapitalgesellschaften müssen wieder zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden: Es darf nicht dabei bleiben, dass der Bund allein aus der Tabaksteuer mehr einnimmt als aus allen Unternehmenssteuern zusammen.

■ Effektive Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit sind überfällig z. B. durch wirksame Eindämmung von Überstunden. Die öffentlichen Investitionen müssen wieder auf das europäische Durchschnittsniveau angehoben werden. Die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik insbesondere Zugunsten von Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen sind sicherzustellen.

(dieser Text ist eine gekürzte Fassung, den vollständigen Text des Aufrufes finden Sie auf www.gruene-muenster.de)

ErstunterzeichnerInnen:

Annelie Buntenbach, Bielefeld, IG BAU; Andreas Hupke, Köln, ver.di Fachgruppe Theater und Bühnen; Marianne Hürten, Köln, IG BCE, BR Bayer AG Leverkusen; Karin Hujer, Weilheim-Schongau, BR Siemens AG München, Reinhard Knisch, DGB-Regionsvorsitzender Rostock-mittl. Mecklenburg; Manfred Lorenschat, Oberhausen, ver.di, BR; Heinz-Herwig Mascher, Oberhavel, ver.di, PR; Gerd Nergert, Warendorf, ver.di; Carsten Peters, Münster, Geschäftsführer GEW; Jens Petring, Düsseldorf, ver.di; Peter Rau, Braunschweig, IG Metall; Rüdiger Sagel, Münster, ver.di; Ralph Scherbaum, Köln, NGG; Sprecher Fachgruppe Brauereien Köln; Hedwig Tarner, Warendorf, ver.di; Werner Theis, Fachbereichsleiter ver.di Sachsen-Anhalt, Magdeburg; Dieter Walendy, Bonn, ver.di; Dr. Reynaldo Zavala, Erlangen-Land, BR-Vors. Lucent Technologies

Weitere UnterzeichnerInnen:

Matthias Altmann Weimarer-Land,TRANSNET, Gewerkschaftssekretär; Wulf-Holger Arndt, Berlin, verdi, Detlef Baermann, Schwerin; Thomas Bartsch, Wesermarsch, IG Metall, BR Airbus; Gaby Beckers, Wesermarsch GEW; Gabriele Böker, Hannover-Stadt, ver.di, PR; Martin Böttger, Bonn, ver.di; Ulla Brombeis, Mönchengladbach, ver.di; Gustav Bott, Pforzheim Enzkreis, IG Metall, BR; Dagmar Danke-Bayer, Stormarn, DBSH; Birgit Ebel, Bielefeld, ver.di; Gerd Fischer, Nürnberg, IG BAU, Gewerkschaftssekretär; Paula Georges, Schwalm-Eder, GEW, Heiko Glawe, Berlin, DGB Bezirk Berlin-Brandenburg; Burkhard Gocht, Löbau -Zittau; Thorsten Gundelach, Marie-Dominique Guyard, Osnabrück-Land, Ver.di; Peter Hartung, Wetterau, IG Metall; Lothar Hemmen, Oberhavel, ver.di, BR Berliner Volksbank; Michael Janowski,Rheingau-Taunus, ver.di; Elfi Jantzen MdA, Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf, GEW; Markus Jantzer, Rheingau-Taunus, Anne Johanterwage, Warendorf, ver.di; Ulrike Kessing, Köln, ver.di; Sabine Kiel, Hannover-Stadt, GEW; Monika Knoche, Karlsruhe, ver.di; Birgit Kochskämper, Münster, GEW; Karl-Heinz Kortus, Pforzheim, IG Metall, 2.Bevollmächtigter; Jörg Krauss, Essen; Roland Kreyscher, Offenbach-Land, IG Metall, BR Gegelac AT; Karin Kuhn, Potsdam-Stadt; Irene Kuntze, Essen, ver.di; Dr. Jürgen Maguhn, Freising; Joachim Marx, Bremerhaven, ver.di; Inge Menze, Hamm, ver.di, Gewerkschaftssekretärin; Eleni Mourmouri, Hannover-Stadt, ver.di; Wolfgang Neef, Berlin ver.di; Paul Nellen, Hamburg-Mitte, ver.di; Anne Neugebauer, Münster, ver.di; Rainer Nölken, Wittmund; Axel Paulik, Wesel, IGM stellv BR-Vors.; Dora Pfeifer Suger, Breisgau-Hochschwarzwald, ver.di, Harry Pokk, Reutlingen, ver.di, Gewerkschaftssekretär, Gundi Raichle-Hartling, Stuttgart, ver.di; Christiane Rattinger, Ortenau, GEW Bezirkspersonalrätin; Martin Rediker, Soest, ver.di; Michael Rittendorf, Hamburg, ver.di; Elke Roskosch-Buntemeyer, Cuxhaven, GEW; Karl Sasserath, Mönchengladbach, ver.di; Gernot Schaper, Mülheim /Ruhr, GEW; Helmut Schneider, Calw, IG Metall; Thomas Schremmer, Hannover-Stadt, ver.di, Stellv. Vors.GPR Stadt Hannover, Gerhard-Peter Schultz, Berlin, Personalrat FU Berlin, ver.di, Hans-Georg Schwedhelm, Göttingen, DGB-Rechtssekretär; Jürgen Sendler, KV Odenwald-Kraichgau, ver.di, DGB-BVVerwaltg; Roland Seidlitz, Hamburg Eimsbüttel, Personalrat nordelb. Kirche; Andreas Severidt, Neustadt/Weinstr.; Ursel Sickendiek, Bielefeld, GEW; Ute Springstubbe, Mainz-Bingen, ver.di; Gunther Steffens, Hamburg-Mitte, ver.di, Bereichsleiter, Nico Stumpfögger, Dahme-Spreewald, ver.di, Gewerkschaftssekretär; Marc Tuna, München, NGG, BR Philip-Morris; Celal Turhan, Nürnberg, IG Metall, st. Vors. Ausländerausschuss; Heinz Weber, Aschaffenburg, IG Metall, VK bei Bosch-Rexroth AG; Manuela Wegener, Berlin-Mitte, IG Metall, BR-Siemens; Friedo Weh,Hannover, ver.di, Mitglied Gewerkschaftsrat, Gerd Weiherer, Cham, GEW; Wilfried Weisbrod, Odenwald – Kraichgau, ver.di Bezirksvorstand; Jürgen Weßling, Hannover, ver.di, Mitglied im Fachgruppenvorstand Versicherungen Region Hannover, BR; Michael Werner-Bölz, Hamburg-Nord, ver.di; Thorsten Wertenbruch, Wesermarsch, IG Metall, BR Airbus; Andrea Wist, Hamburg-Nord, ver.di; Daniel Wucherpfennig, Hartwig Zillmer, Hamburg-Nord, GEW, Vertrauensmann; u.v.a.

Mitmachen bei weiteren Aktionen? ■ E-mail an post@sonderbdk.de